

Die biblische Jubeljahrtradition für die Welt von heute

Das Zentralkomitee des Ökumenischen Rates der Kirchen hat die Herausforderung angenommen, sein 50jähriges Jubiläum, das 1998 auf der Achten Vollversammlung in Harare begangen werden soll, als ein „ökumenisches Jubiläum“ zu feiern, d. h. die biblische Tradition des Jubeljahres für die heutige ökumenische Bewegung fruchtbar zu machen. Der ICCJ (International Council of Christians and Jews) war stark darum bemüht sicherzustellen, daß die Ergebnisse des christlich-jüdischen Dialogs unter dem Thema der Vollversammlung „Wendet Euch hin zu Gott – Seid fröhlich in Hoffnung“ entsprechenden Ausdruck finden. Zu diesem Zweck fand im Mai des Jahres 1996 im Ökumenischen Institut Bossey in Celigny, Schweiz, das vor 50 Jahren noch vor dem Ökumenischen Rat der Kirchen (ÖRK) gegründet worden war, eine vom ICCJ und vom ÖRK getragene Konferenz statt. Acht jüdische und 35 christliche Gelehrte und „Praktiker“ aus dem „reichen“ Norden und dem „armen“ Süden unserer Erde diskutierten über die Relevanz der dem Jubeljahr in Levitikus 25 zugrundeliegenden Vorgaben, welche kraftvolle Quellen biblischer Inspiration sowohl für die jüdischen als auch die christlichen Traditionen darstellen, und das trotz ihres scheinbar utopischen Charakters: der Neuverteilung des Landes, der Befreiung aller Versklavten, der Einführung eines Brachjahres – soziale Gleichheit und Befreiung für das Land. Sich mit diesen „Vorgaben“ zu befassen initiiert die vom Generalsekretär des ÖRK, Dr. Konrad Raiser, formulierte Frage, ob die *Aneignung* eines bedeutenden Teils der Tora durch eine christliche Versammlung, auch außerhalb seines jüdischen und spezifisch geschichtlichen Kontextes, legitim, und ob eine solche Neuinterpretation möglich sei in einem Geist, der die lange Geschichte der *Enteignung* der Traditionen des jüdischen Volkes durch die Christen nicht weiterführt.

Die „Betrachtungen“, die die Teilnehmer in einem Schlußwort formulierten, enthielten folgende Sätze: „Das christliche Verständnis von Gerechtigkeit, Gleichheit und der Herrschaft Gottes stützt sich weitgehend auf die jüdische Tradition.“

„Die Konferenzteilnehmer schlagen vor, daß der ÖRK im Zuge der Vorbereitungen für die Vollversammlung in Harare einen Prozeß in Gang setzt, der sich mit der Bedeutung des Jubeljahres, des Sabbatjahres und des Sabbats für das wirtschaftliche Leben von heute, insbesondere für den Gebrauch der drei ‚Produktionsfaktoren: Kapital, Arbeit und Land‘ auseinandersetzen würde. Gott hat unserer Herrschaft über die Welt Grenzen gesetzt: über Land, Zeit und über Aspekte unserer persönlichen und kollektiven menschlichen Beziehungen.“ Hier einige Fragen, die seitens der Teilnehmer gestellt wurden:

- Welche Bedeutung könnte die Vision des Jubeljahres und die Institution des Sabbatjahres für die internationale Schuldenkrise und für Millionen Menschen haben, die im Elend und in der Hoffnungslosigkeit der Schuldentrückzahlung gefangen sind?
- Welche Bedeutung könnte die Vision des Jubeljahres und die Institution des Sabbatjahres für die Umweltpolitik und die Verteilung von Land, insbesondere für Besitzlose, haben?
- Welche Bedeutung hat der Sabbat für unser Verständnis von Arbeit, Freizeit, Produktion und Konsum?
- Wie können wir die Werte und Prinzipien, die in den Geboten des Sabbats, des Sabbatjahres und des Jubeljahres zum Ausdruck kommen, in der harten Wirklichkeit des Alltags umsetzen und anwenden?

Es genügt nicht, zu protestieren und die Ungerechtigkeit anzuprangern, oder sich nach realen oder imaginären Schuldigen oder auch Sündenböcken umzusehen. Vielmehr sollte uns die jüdische Halakha inspirieren: die konkrete Anwendung der Gebote in den Gesetzen, Richtlinien und Maßnahmen, die die Rabbinen in genauer Analyse der Probleme, mit großer Genialität und großer moralischer Energie ausgearbeitet haben, um Lösungen für die komplexesten Probleme zu finden.

(ICCJ Nachrichten Nr. 14, Herbst 1996)

Prof. Ze'ev Falk, Jerusalem, über:

Religiöse und säkulare Juden in Israel

Der schwerwiegendste Konflikt der israelischen Gesellschaft ist der Kulturkampf zwischen religiösen und säkularen Juden, der sich teilweise auch mit dem Konflikt in der Außenpolitik deckt. Für religiöse Juden bedeutet Israel als jüdischer Staat eine Aufgabe, die dem jüdischen Volk von Gott gestellt ist. Es geht um die Verwirklichung des in der Tora beschriebenen Bundes zwischen Gott und seinem Volk und die Anerkennung sei-

ner Herrschaft sowie um die Verantwortung, die jeder einzelne Jude für das Verhalten seines Bruders und der Allgemeinheit trägt. Die Entweihung des Sabbats oder jede andere Auflehnung gegen die in der Tora proklamierte Gottesherrschaft sieht der religiöse Jude als Gefahr für die Existenz des Staates, des Volkes und seiner selbst. Die Idee der Religionsfreiheit als ein Teil der Menschenrechte und die Werte der liberalen Demokratie können den religiösen Juden nicht von seiner Verantwortung Gott gegenüber befreien. Der politische Ausdruck dieses Glaubens sind die religiösen Parteien, die für die religiöse Bedeutung des Staates und die Bindung jedes einzelnen Juden an den von Gott gesetzten Bund mit Israel kämpfen.

Obwohl der Zionismus die Religion zur Privatsache jedes einzelnen machen wollte, mußte er der orthodoxen Partei „Agudat Jisrael“ Bewahrung des religiösen „status quo“ versprechen, damit sie seine Forderung, einen jüdischen Staat zu gründen, unterstützte. Nachdem die anglo-amerikanische Untersuchungskommission und die Kommission der Vereinten Nationen die vereinte Forderung der jüdischen Delegation akzeptierte und der jüdische Staat proklamiert wurde, ist dieser „status quo“ eine durch „Treu und Glauben“ verbindliche Voraussetzung des politischen Gleichgewichts geworden.

Andererseits ist Israel ein demokratischer Staat, der auch international an die Begriffe der Religionsfreiheit und der Menschenrechte gebunden ist. Das im Jahr 1992 bzw. 1994 von der Knesset angenommene Grundgesetz über die Menschenwürde und die persönliche Freiheit, so wie es durch den Aktivismus des Obersten Gerichts ausgelegt wird, verlangt neues Überdenken des „status quo“. Es geht einerseits um die Frage, wie weit sich der Staat Israel als „jüdischer Staat“ versteht, und andererseits, was die Stellung der Nichtjuden und säkularen Juden im jüdischen Staat bedeutet. Dazu bedarf es eines neuen Anfangs und der Bereitwilligkeit, den anderen anzuhören und seinen Belangen Rechnung zu tragen. Es ist tragisch, daß in einer Zeit von Friedensverhandlungen zwischen mittelöstlichen Feinden es so schwer ist, zu ernsthaften Gesprächen zwischen jüdischen Brüdern zu kommen, aus denen sich ein neuer „Bund“ oder „Sozialkontrakt“ entwickeln kann. Vielleicht sollte uns die Idee des vor einem Jahr verstorbenen jüdischen Philosophen Emmanuel Lévinas zu einem Neuanfang leiten. Er spricht vom „Antlitz des anderen“, das uns immer vor Augen stehen muß und uns Verpflichtungen auferlegt. Religiöse und säkulare Juden müssen an den anderen denken und mit dem anderen reden.

Aus: Religionen in Israel 1-1997.

Betroffene Schweizer Christen

Schätzungsweise 3000 Menschen aus der ganzen Schweiz und aus allen christlichen Konfessionen haben am 8. Februar 1997 in Schweigen und Gebet in Bern vor dem Bundeshaus an einer stillen Kundgebung gegen den Antisemitismus teilgenommen, um angesichts schweizerischer Mitverantwortung an jüdischem Leid „Zeichen der Umkehr und der Solidarität“ zu setzen. Dazu eingeladen hatte eine überkonfessionelle Arbeitsgruppe von Christen aus Landeskirchen, Freikirchen und christlichen Werken.

Zahlreiche Transparente boten Anregung zu Besinnung und Gebet. In einem Faltblatt zur Kundgebung hieß es, es gehe nicht zuletzt auch darum, „die Wurzeln des ‚christlichen‘ Antisemitismus“ freizulegen, der sich in einem „falschen christlichen Selbstverständnis“ und „negativen Clichévorstellungen von den Juden“ äußere.

Es sei zwar zu begrüßen, daß jetzt von den Schweizer Großbanken ein Fonds für Holocaust-Opfer eingerichtet werde, sagten die Veranstalter an einer kurzen Pressekonferenz nach der Kundgebung. Geld allein könne jedoch das von der Schweiz begangene Unrecht am jüdischen Volk nicht wiedergutmachen, zumal immer deutlicher werde, wie sehr die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Schweiz mit dem Naziregime zur Verlängerung des Krieges beigetragen habe.

Die Proklamation vom 8. Februar

„Wir – Christen aus Schweizer Landeskirchen, Freikirchen und christlichen Werken – sind betroffen über das Ausmaß der Mitverantwortung der Schweiz am Unrecht und Leid, das dem jüdischen Volk zur Zeit des Zweiten Weltkrieges und seither zugefügt worden ist. Darum setzen wir gemeinsam ein dreifaches Zeichen der Umkehr und der Solidarität:

1. Wir stehen zu dieser Schuld, die durch keine Rückzahlung wiedergutmachen ist.
2. Wir erklären uns solidarisch mit den Bemühungen von Bundesrat, Wirtschafts- und privaten Kreisen, schnelle und umfassende Genugtuung zu leisten, wo und wie immer unser Land für materielle Folgen des Unrechtes, das am jüdischen Volk verübt wurde, Mitverantwortung trägt.
3. Wir bitten unsere jüdischen Mitbürger, dieses Bekenntnis entgegenzunehmen

- als Ausdruck der tiefen Betroffenheit über die wiederholte, in Worten, Taten und Unterlassungen an den Tag gelegte Mißachtung legitimer Rechte des jüdischen Volkes oder einzelner jüdischer Mitmenschen in der neuen und neuesten Geschichte unseres Landes;
- als Ausdruck der Verbundenheit in der Wachsamkeit gegenüber der Gefahr von neu aufbrechendem und als Absage an jede Form von altem christlichem Antisemitismus;
- als Ausdruck unseres Wunsches und unserer Gebete, daß die aufrüttelnden Ereignisse dieser Tage in Landeskirchen, Freikirchen und Allgemeinheit zu konkretem Umdenken und zu einer Rückbesinnung auf das zentrale Gebot der Nächstenliebe führen, das der jüdischen und der christlichen Glaubenshaltung gemeinsam ist.

Als Zeichen unserer Hoffnung auf ein erneuertes Vertrauensverhältnis zwischen der weltweiten jüdischen Gemeinschaft und unserem Land verbinden wir diese Proklamation mit einer Sammlung von Spenden zugunsten von Überlebenden des Holocaust, ihren Nachkommen und bedrängten jüdischen Menschen in der heutigen Welt.“

In einem Communiqué vom 21. Februar distanzierte sich die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in der Schweiz (AGCK) von allen antijüdischen Äußerungen, die im Verlauf der Diskussion über die Verstrickung der Schweiz in das während des Zweiten Weltkrieges an den Juden begangene Unrecht geäußert worden war.

„Hoffnung trotz allem ...“

Im Bayerischen Hauptstaatsarchiv in München wurde am 18. Februar 1997 eine Ausstellung zum 15jährigen Bestehen der „Gesellschaft zur Förderung jüdischer Kultur und Tradition“ eröffnet. Dr. Simon Snopkowski, Vorsitzender der Gesellschaft, der selbst das KZ überlebt hat, während Mitglieder seiner Familie umgekommen sind, entschloß sich bereits im DP-Lager (DP = Displaced Persons), in Deutschland zu bleiben. Bedenkenswert ist sein Hinweis, daß der Zaun um die DP-Lager nicht nur Schutz bot, sondern Ausdruck eines inneren Zaunes war, den diese Menschen erst überwinden mußten. Snopkowski bezeichnet das Leben dort als ein „Leben auf gepackten Koffern“. Viele wanderten aus. Einige blieben und konnten sich erst allmählich damit abfinden, hierzubleiben. Schriftsteller, Musiker und Politiker besuchten die DP-Lager, auch David Ben Gurion, Dwight D. Eisenhower u. a.

In den Lagern wurde energisch gelernt, um verlorene Jahre nachzuholen, um studieren zu können. An der Münchener Universität gab es 500 jüdische Studenten. Daneben entwickelte sich eine rege soziale Tätigkeit, die eigentlich erst das „normale“ Leben ermöglichte, wobei „normal“ nicht an unserem heutigen Standard zu messen ist.

Die Ausstellung zeigt in einem ersten Teil Aspekte jüdischer Kultur in Bayern nach 1945. Dokumente und Fotos vermitteln eine Vorstellung, mit welcher physischen und psychischen Kraft die Überlebenden des Holocaust entschlossen waren, wieder in das Leben zurückzufinden. Dazu gehörten auch und besonders kulturelle Aktivitäten. Jüdisches Leben in Gemeinden und im Landesverband der israelitischen Kultusgemeinden in Bayern wurde neu organisiert.

Der zweite Teil behandelt die Arbeit der Gesellschaft: jüdische Kultur in den verschiedensten Facetten (jiddische Sprache, Literatur, jüdisches Theater, musikalische Traditionen), Veranstaltungen von und mit hochrangigen jüdischen Künstlern.

Beeindruckend ist die Vitrine mit Dokumenten und Urkunden von Snopkowski aus der ersten Zeit nach der Befreiung.

Neben den z. T. persönlichen Erinnerungsstücken wird an Hand von Originalen jüdischer Zeitungen aus der Zeit von 1946 bis heute eine geistige Entwicklung deutlich (z. B. Jiddisch in hebräischen Buchstaben).

Wie viele (oder alle) aus den KZ Befreiten, gesteht Snopkowski, daß er erst jetzt in der Lage ist, über seine Erlebnisse in der NS-Zeit zu sprechen, nicht um damit hausieren zu gehen, sondern um die Zeit dem Vergessen zu entreißen – und man spürt diese Scheu immer noch.

Der Titel der Ausstellung „Hoffnung trotz allem ...“ ist ein Bekenntnis von Juden über ihr Hiersein und Hierleben.

Ursula Blum

Von Offenbach nach Jerusalem

Verschollen und wiedergefunden: Die große Bibliothek des Neukantianers Hermann Cohen

Im Magazin der Jerusalemer Bibliothek hat der Cohen-Forscher Hartwig Wiedebach die seit dem Zweiten Weltkrieg als verschollen geltende Privatbibliothek des deutsch-jüdischen Philosophen Hermann Cohen (1842 bis 1918) wiedergefunden. Es handelt sich um eine der wertvollsten

Bibliotheken des Neukantianismus und der Philosophie um die Jahrhundertwende. Wiedebach konnte die Bücher, zum Teil mit Anstreichungen und Randbemerkungen von Hermann Cohen, als geschlossene Sammlung identifizieren. Eine Erschließung dieser Bibliothek und deren Bearbeitung ist von größter Wichtigkeit für die deutsche Kant-Forschung.

Im Jerusalemer Nachlaß von Scholem, der 1982 gestorben ist, befindet sich auch ein unveröffentlichter Nachruf auf Hermann Cohen vom 5. April 1918: „Der große Weg“, heißt es da, „den Cohen mit Bewußtsein gegangen ist, der ihn, den keiner von außen dafür gehalten hatte, zum wahrhaft frommen Menschen machte, ist nun einsam und wartet der Jugend, die ihn betreten soll. Er wartet unser, meiner ... Cohen hat seine Arbeit vollendet. Welcher *Zionist* wird sie fruchtbar machen? Die Forderung dieses Lebens gilt es zu erfassen und zu erfüllen, und wer dieses tut, kann nicht irregehen.“ Diese Worte sind um so erstaunlicher, als der einundzwanzigjährige Student sich damals gerade der Kabbala zuwandte, die Cohen verachtete.

Fast dreißig Jahre später, vom April bis Oktober 1946, reiste Scholem in der Uniform eines amerikanischen Offiziers durch das befreite Deutschland, um nach jüdischen Bibliotheken und Sammlungen zu suchen, die von den Nationalsozialisten beschlagnahmt worden waren. Am 1. Juli 1946 schickt er ein Telegramm an die Hebräische Universität in Jerusalem, in deren Auftrag er diese Suche unternahm. Er teilt darin mit, daß er etwa 750.000 Bücher im sogenannten „Archival-Depot Offenbach a. M.“ entdeckt habe, die die Amerikaner dort versammelt hätten. Darunter befand sich auch die etwa 3800 Bände umfassende Bibliothek Hermann Cohens. An Leo Baeck in London schreibt er gleichzeitig: „So weit ich verstehe, besteht die Politik der Amerikaner darin, die Bestände jüdischer Sammlungen, besonders in Offenbach, prinzipiell an die Regierungen der Länder, aus denen diese Sammlungen stammen, und nicht etwa an das jüdische Volk oder dessen Vertreter, zu übergeben.“

Diese Politik der Amerikaner mißbilligte Scholem, denn er wollte die Bücher nach Jerusalem überführen lassen, als Dauerleihgabe für die Bibliothek der Hebräischen Universität.

Friedrich Niewöhner

Mit Genehmigung gekürzt aus:

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8. Februar 1997

„Neuer Streit um die Judenmission“

Unter diesem Thema stand die Studentagung der Buber-Rosenzweig-Stiftung der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Münster vom 30. August bis 1. September 1996.

Judenmission sei ein Vergehen gegen den biblischen Grundsatz, daß man vor Blinden kein Hindernis aufstellen dürfe, erklärte Landesrabbiner Dr. Henry G. *Brandt*, jüdischer Präsident des Deutschen Koordinierungsrates und Vorstandsmitglied der Buber-Rosenzweig-Stiftung. Der Hinweis bezog sich auf die offensichtlich besonders gefährdeten jüdischen Einwanderer aus den GUS-Staaten.

In seiner Stellungnahme zur *Judenmission aus jüdischer Sicht* betonte Dr. Abraham *Ehrlich*, daß die Juden als Glaubens- und Volksgemeinschaft „Kinder Israels“ für alle Ewigkeit seien. Judenmissionierung gleiche einem Mord. Sie stehe unter dem Verdacht der Eliminierung des Judentums durch die Kirchen.

Dr. Willehad *Eckert* OP problematisierte das Verständnis von „Mission“ als „propaganda fidei“. Die Konzilerklärung „Nostra aetate“ Nr. 4 habe ein verändertes Verhältnis der katholischen Kirche zum Judentum eingeleitet. Eine Absage an Judenmission sei explizit jedoch nur vereinzelt zu finden.

Judenmission im Neuen Testament?

Prof. Dr. Hubert *Frankemölle* bewertete das Matthäus-Evangelium als eine innerjüdische Auseinandersetzung mit polysemantischen Worten. Für das Wort „Mission“ finden sich lediglich partielle Synonyme. Das Evangelium lege jedoch deutlich Wert auf den Primat des Tuns, auf Orthopraxie vor der Orthodoxie. Von der Auslegung zur Aufforderung der Verkündigung an alle Völker (Mt 28,19), einschließlich Israel, müsse sich das heutige Verständnis unterscheiden. Aufgrund der Schuld christlicher Kirchen am Schicksal der Juden – besonders in der Schoa – sei jede Art von Judenmission obsolet.

Nach Prof. Dr. Berndt *Schaller* gibt es auch bei Paulus keine Judenmission. An die Juden richte sich nur die Messiasverkündigung, ohne daß ein Religionswechsel stattfinden müsse. Die paulinische Sicht habe sich leider nicht in der Kirchengeschichte durchgesetzt; die „perfidii judaei“ seien als heilsgeschichtlich erledigte Größe betrachtet worden.

Dr. Koschel wies darauf hin, daß man Judenmission nicht als ein in sich abgrenzbares Problem behandeln könne. Die im großen und ganzen zu sehende Gleichgültigkeit der „Großkirchen“ müsse und könne nur durch eigenes Engagement in den kirchlichen Strukturen überwunden werden. Von den Kirchenleitungen ist eine explizite Absage an die Judenmission zu wünschen, daß sie aus grundsätzlichen Erwägungen nicht sein *dürfe*, aber nach Auschwitz auch nicht mehr sein *könne*. Vom Dialog und vom solidarischen Handeln für Juden in sozial schwieriger Situation (Juden aus den GUS-Staaten) müßten mit jüdischen Partnern Kriterien formuliert und eingehalten werden, die jeden Verdacht einer „Missionierung“ ausschließen.

(aus: Bericht über die Studientagung im Franz-Hitze-Haus, Münster, von Ansgar Koschel)

„Keine Evangelisation israelischer Juden“

Aus einer Erklärung, die am 8. August 1996 von Dr. Kitty O. Cohen, Gründerin und Vorstandsmitglied des Israel-Kolloquiums, veröffentlicht wurde:

„Nach nahezu 2000 Jahren, die seit der Gründung des Christentums durch die Apostel vergangen sind, nach tausend Jahren christlicher Vorherrschaft in der westlichen Welt und nur fünfzig Jahren nach dem Holocaust dürfte wohl kaum der geeignete Zeitpunkt gekommen sein, unter Juden in ihrem Heimatland zu evangelisieren.

Sollten die zahlreichen in Israel lebenden baptistischen Lehrer und Missionare sich durch ‚die wachsende Aufgeschlossenheit unter dem jüdischen Volk‘ für das Evangelium ermutigt glauben ..., so ist allein die Existenz Israels als eines demokratischen jüdischen Staates für das gesamte Volk ein lebendiger Beweis für die Lebenskraft des jüdischen Glaubens.

... Wir müssen deutlicher als zuvor sagen, worum es bei dem Dialog und den Beziehungen zwischen Religionen geht: der Glaube jedes Einzelnen von uns in unseren historischen Wurzeln und unsere Treue zu der Wahrheit unserer Bundesbeziehung mit dem Einen Gott, den wir gemeinsam haben, sollen zu gegenseitigem Respekt zwischen glaubenden Männern und Frauen und zu gegenseitigem Wohlwollen führen. Es ist genau diese Sicherheit meines eigenen Glaubens und meiner Überzeugungen, die die Quelle meines Interesses an anderen und meines Respektes darstellt.“

Altenwohnheim Gertrud Luckner in Nahariya/Israel

Frau Elisheva Hemker berichtet:

Am 7. November 1996 waren es 20 Jahre, daß wir das Haus in Nahariya kauften und als Altenheim einrichteten. Was 20 Jahre sind, merken wir an den anfallenden Reparaturen. Wir erstellten einen Plan, was im Laufe der Zeit erneuert werden muß. Leider entsprachen die Tatsachen nicht unseren Plänen. Nach einer Reparatur der großen Waschmaschine mußten wir eine Entkalkungsanlage anschaffen. Unser Wasser ist jetzt kalkfrei, aber die Wasserleitungen, die wohl nur noch aus Kalk bestanden, lösten sich auch auf ... Es mußte alles erneuert werden. Drei Wochen war das Haus eine Baustelle, denn es war Pesach und Ostern. Immer hatte jemand der Arbeiter Feiertag. In drei Badezimmern steht die Renovierung noch aus. Das Geld für die Renovierung der Dächer steckt jetzt in den Badezimmern. Beim ersten großen Regen tropfte es überall. Eine Dachreparatur war unvermeidlich. Also ging ich zur Bank und bürgte mit meinem Gehalt – das ist die einfachste Art, ein Darlehen zu bekommen. Der Unternehmer war einverstanden, daß wir vorerst nur das Material bezahlen und für die Arbeit erst 1997. Ganz unplanmäßig fiel dann die elektrische Schalttafel im Heizungskeller aus. Im Laufe der Jahre wurde immer stückweise angeschlossen. Als nächstes müssen nun die Heizkörper erneuert werden.

Alle diese Reparaturen waren nur möglich durch Ihre Spenden. Immer mehr Freunde des Luckner-Hauses nehmen persönliche Feste zum Anlaß, uns eine Spende zukommen zu lassen.

Zum ersten Mal seit Bestehen des Hauses mußte eine Bewohnerin in ein Pflegeheim. Vier Monate versuchten Mitarbeiter und Bewohner, die Patientin zu pflegen, immer in der Hoffnung, daß es besser wird. Wir fragten uns immer wieder, wieviel kann ein Mensch leiden? ...

Unser Projekt „Seniorenwohnungen“ (vgl. FrRu 1/1996, 68) beginnt sich zu bewegen. Die Verzögerung lag an der Neuparzellierung des Geländes der Deutschen Kolonie. Auch wir mußten unser Grundstück neu vermessen lassen. Jetzt liegen die Pläne bei der städtischen Baubehörde zur Genehmigung.

Wir danken Ihnen allen sehr herzlich für Ihre Mitsorge und Hilfe.

Nahariya, 4. November 1996

Elisheva Hemker

Ihre Spende für das Gertrud-Luckner-Altenheim in Nahariya können Sie mit dem Vermerk „Altersheim Israel“ überweisen auf das Konto des Deutschen Caritasverbandes bei der Postbank Karlsruhe, BLZ 660 100 75, Konto-Nr. 202-753.

Nachrichten aus Kanada

In Waterloo, Ontario (Kanada) befinden sich seit kurzem *Kirchengemeinde und Synagoge unter einem Dach*. Die Idee zu diesem gemeinsamen Projekt entstand vor vier Jahren bei einem Hinterhofgespräch zwischen einem Mitglied der Tempel Shalom Gemeinde des kanadischen Reformjudentums und der Westminster Gemeinde der Unierten Kirche Kanadas, der größten protestantischen Kirche des Landes. Das 1.4 Millionen Dollar Gemeindezentrum erhielt den Namen „Die Zedern“. Es wurde von den jüdischen und christlichen Mitgliedern der beiden Gemeinden in tausenden von Stunden ehrenamtlicher Arbeit entworfen und mitgebaut. Der Gottesdienstraum der Kirchengemeinde hat 300 Plätze, der der jüdischen Gemeinde 85. Die Möglichkeit zur Mitbenutzung des zweiten Raumes ist gegeben.

Ende Februar hielt die *Alberta Sektion des Kanadischen Rates der Christen und Juden* im jüdischen Gemeindezentrum von Calgary eine ihrer traditionellen Frühstücks-Veranstaltungen, zu dem besonders kirchliche und synagogale Mitarbeiter eingeladen werden. Rabbinerin Lindsay Bat Joseph von einer Reformsynagoge in Edmonton sprach zum Thema „Frauen in einer patriarchalischen Tradition“.

Sie beschrieb die Spiritualität jüdischer Frauen als ein Ringen mit drei Engeln. Beim ersten gehe es um die Verbindung von jüdischer Tradition, jüdischem Gesetz und den fehlenden Frauenstimmen in der Entwicklung von *Halakha*. Der zweite Engel sei die Schwierigkeit, Frauenstimmen aus der Bibel zu hören, weil diese oft eher negativ dargestellt werden. Beim Ringen mit dem dritten Engel gehe es um das Gottesbild selbst, das schließlich weder männlich noch weiblich sei.

Die *kanadische Regierung* ist von den *kanadischen Juden* erneut wegen ihrer laxen Haltung vermutlichen Kriegsverbrechern gegenüber, die seit dem Krieg in Kanada leben, stark *kritisiert* worden.

Einen Höhepunkt erreichte diese Kritik durch die Enthüllungen eines New Yorker privaten Ermittlers, Steve Rambam, der in Kanada 62 vermutete Nazi-Kriegsverbrecher interviewte und die Gespräche heimlich auf Band aufnehmen ließ. Dabei erhielt er offene Geständnisse, so von einem führenden Mitglied des lettischen Arajs-Kommandos, das in Zusammenarbeit mit den Nazis für die Ermordung von über 20.000 Juden in Lettland verantwortlich ist.

Fritz Voll